



Das ehemalige Arbeiterwohnheim einer Maschinenfabrik dient seit 1980 als Unterkunft für Asylbewerber. Ende 2018 soll diese nun schließen. Derzeit leben dort noch über 54 Menschen. Archiv-Foto: Wild

Asylbewerberheim schließt

Flüchtlingspolitik Mietvertrag über Gemeinschaftsunterkunft soll Ende des Jahres auslaufen. Minister Pschierer trifft entsprechende Vereinbarung mit seinem Kollegen Herrmann

VON RENATE MEIER

Rieden Die Erleichterung war Bürgermeisterin Inge Weiß gestern anzuhören. Nach fast 40 Jahren soll die Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Rieden Ende des Jahres schließen. Dies teilte der neue bayerische Wirtschaftsminister und Stimmkreisabgeordnete Franz Pschierer gestern der *AZ* mit. Er habe eine entsprechende Vereinbarung mit seinem Kollegen Innenminister Joachim Herrmann getroffen. Die Gemeinde hatte bereits im September 2017 eine Resolution verfasst, in der sie die Schließung des Heims bis Ende 2017 gefordert hatte. Doch die Regierung von Schwaben als Betreiber des Hauses hatte dies bisher kategorisch abgelehnt. Nun traf offensichtlich die Politik die Entscheidung.

In der neuen bayerischen Staatsregierung mit Ministerpräsident Markus Söder an der Spitze ist laut

Pschierer nun allein das Innenministerium für Asylbewerber zuständig, von der Ankunft der Flüchtlinge bis zur Anerkennung oder Abschiebung. Er habe deshalb sofort mit Innenminister Herrmann über die Unterkunft in Rieden gesprochen. „Mein Ziel war es immer, das Haus zu schließen“, sagte Pschierer zur *AZ*. Denn die Gemeinde Rieden habe in den vergangenen Jahrzehnten „mehr als viele andere Gemeinden ihren Beitrag bei der Unterbringung von Flüchtlingen geleistet. Dafür gilt mein Dank den Bürgern, insbesondere den Anwohnern und dem Helferkreis“.

Derzeit leben noch 54 Menschen in der Unterkunft, welche die Regierung angemietet hat. Der entsprechende Mietvertrag endet laut Pschierer zum 31. Dezember 2018. Im gegenseitigen Einvernehmen sei mit dem Vermieter vereinbart worden, den Vertrag nicht zu verlängern. Wert legt Pschierer auch da-

rauf, dass die bis dahin noch in der Unterkunft lebenden Menschen „dezentral“ verteilt werden. Das heißt, sie sollen auf verschiedene Unterkünfte aufgeteilt werden. „Ich bin sehr froh über diese Lösung“, sagte Pschierer.

Auch Bürgermeisterin Weiß zeigte sich erfreut darüber, „dass nun Ruhe einkehrt“. Schließlich habe Rieden über Jahrzehnte Asylarbeit geleistet. „Es tut uns ganz gut, wenn wir mal durchschnaufen können.“ Weiß ist überzeugt davon, dass letztlich das Engagement der Gemeinde nun zu der Entscheidung geführt hat. Auch wenn sie davon gestern überrascht worden sei. Ihrer Kenntnis nach leben derzeit unter anderem sechs Familien in der Unterkunft. Seit die Gemeinde im Herbst 2017 auf die Barrikaden ging, weil es im Sommer immer wieder „Randale“ gegeben habe, ist bereits einiges passiert. So bringt die Regierung keine neuen Asylbewer-

ber mehr in der Unterkunft unter, in der eigentlich Platz für 75 Menschen wäre. Zudem wurden die Sozialarbeit und der Hausmeisterservice verbessert und kleinere bauliche Mängel behoben. Dazu gehörte auch die Bekämpfung von Schimmel. „Das diene vor allem dazu, um die Zustände erträglicher zu gestalten“, erklärte Pschierer.

Stets für eine baldige Schließung der Unterkunft eingesetzt hat sich der Kaufbeurer Landtagsabgeordnete Bernhard Pohl (Freie Wähler). Er führt den nun erzielten Erfolg vor allem auf das Engagement von Bürgermeisterin Weiß und seinem Vorstoß bei der inzwischen entlassenen Sozialministerin Emilia Müller zurück. Ob in Rieden zeitweise auch Menschen mit terroristischem Hintergrund untergebracht waren, wie Pohl vermutet, bleibt offen. Ein entsprechender Antrag der Freien Wähler im Landtag wurde noch nicht beantwortet.